Beschluss des Landrates vom 19.04.2018

Nr. 1999

23. Unterstützung aus BL für den Trinationalen Atomschutzverband (TRAS)

2016/69; Protokoll: bw

Kommissionspräsident **Franz Meyer** (CVP) informiert, dass das Postulat 2016/069 von Florence Brenzikofer an der Landratssitzung vom 1.6.2017 nach einem Stichentscheid stehengelassen wurde. Es wurde vor allem bemängelt, dass die Regierung in ihrem Bericht wenig auf die Aktivitäten der Organisation TRAS eingegangen sei. Im zweiten Bericht wiederholt die Regierung das Bekenntnis, dass sie sich nach wie vor für die baldmöglichste Schliessung des KKW Fessenheim engagieren wird. Sie betont aber auch, dass dies in Zusammenarbeit mit der Regierung des Kantons Basel-Stadt und dem Bund geschehen soll. Dies sei der effizientere und richtige Weg. Als Beispiel ist ein Schreiben vom 9. Januar 2018 genannt, das der Bund und die beiden Kantone dem französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, sandten.
Weiter wird im zweiten Bericht die Organisation TRAS vertiefter dargestellt. Es wird aufgelistet, was die Organisation genau macht. Die Regierung kommt bei der Beurteilung jedoch zum gleichen Schluss und lehnt den Beitritt nach wie vor ab.
Für die Umwelt- und Energiekommission ist der Postulatsauftrag, zu prüfen und zu berichten, somit erfüllt. Mit 10:1 Stimmen bei 1 Enthaltung beantragt die Kommission dem Landrat, das Postulat abzuschreiben.

- *Eintretensdebatte*

Hansruedi Wirz (SVP) sagt, dass sich die Haltung der SVP-Fraktion seit der ersten Behandlung des Postulats im Landrat nicht geändert habe. Weiterhin unterstützt die Fraktion die Abschreibung.

Stefan Zemp (SP) ist entschieden dagegen, das Postulat abzuschreiben. Die Grundlagen der Überprüfung und die Bemühungen, damit der Bevölkerung versichert werden kann, dass alles unternommen wird, sind nicht erfüllt. Im Kommissionsbericht steht, die Regierung versuche es «auf anderen politischen Kanälen». Das eine tun und das andere nicht lassen! In Tschernobyl steht ein Sarkophag, für den für Milliarden ein weiterer Sarkophag gebaut werden muss. In Fukushima ist das Wasser nach wie vor verseucht und das AKW «seicht» ins Meer. In der Beringsee versenkten die Russen Atom-U-Boote die mittlerweile lecken.
Es wäre von der Baselbieter Regierung ehrlicher zu sagen: Wir wollen das nicht. Der Auftrag wurde nicht erfüllt, deshalb: Nicht abschreiben.

Christoph Buser (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion ebenfalls an der Meinung der ersten Beratung festhalte und deshalb das Postulat abschreiben werde.

Florence Brenzikofer (Grüne) erinnert, dass die Regierung den Auftrag erhalten habe, zu prüfen und zu berichten, wie die Unterstützung des TRAS durch den Kanton Baselland aussehen könne. Ein Vorschlag der letzten Debatte war, es ähnlich den Basel-Städtern zu machen. Sie zahlen pro Einwohner CHF 0.10 an den TRAS.
Die Rednerin teilte dem Kommissionspräsidenten mit, dass sie nach mehrmaliger Lektüre des Regierungsratsberichts kein umfassendes Prüfen und Berichten erkennen konnte. Eine ehrliche Antwort wäre: Die bürgerliche Mehrheit des Landrates möchte TRAS nicht beitreten. Alle anderen möglichen Unterstützungsformen wurden nicht geprüft, auch nicht im zweiten Bericht.
In der Baselbieter Verfassung steht, dass sich die Regierung gegen Atomkraftwerke in der Umgebung einzusetzen habe. Jeder hat gesehen, was in Fukushima geschehen ist, obwohl es als eines

der sichersten Atomkraftwerke gegolten hatte. In Japan gibt es heute riesige Gebiete, die nicht mehr bewohnbar sind. Atomunfälle machen vor keiner Kantons- oder Landesgrenze Halt. Sie belasten die ganze Region. Seit kurzem befindet sich Baselland auch in dem vor kurzem auf 80 km ausgeweiteten Schutzrayon. Es gibt ein AKW, das genau 50km von Liestal entfernt ist. Es handelt sich dabei um eines der ältesten (49 Jahre) AKW – Beznau I, das seit wenigen Wochen wieder am Netz ist. Der Kanton hat sich für eine erhöhte Sicherheit der Bevölkerung einzusetzen.
Frage an die Regierung: Hat sich der Kanton Baselland an der vorgestern geendeten Vernehmlassung zur Heraufsetzung der Grenzwerte bei Beznau I geäussert? Falls nicht – was ist die Haltung der Regierung zur Grenzwertheraufsetzung.
Die Grüne/EVP-Fraktion ist gegen Abschreiben des Postulats.

Christine Gorrengourt (CVP) betont, dass nicht die Frage im Zentrum stehe, ob die Regierung alles tut, was sie kann, sondern ob geprüft und berichtet wurde, ob BL dem TRAS beitreten solle. Der Regierungsrat hat in der Landratsvorlage 2017/113 ausgeführt, dass die Zuständigkeit für Kernenergie beim Bund liege. Daher wird der Beitritt zu einem privatrechtlichen Verein sowieso abgelehnt. Die Rednerin versuchte mit einem Vorstoss die gesetzliche Grundlage so zu ändern, dass der Beitritt zu einem privatrechtlichen Verein auch möglich wird (so auch TRAS). Die Motion wurde damals abgeschrieben. Die Begründung des Regierungsrats besagte, dass die gesetzlichen Grundlagen für einen Beitritt gar nicht fehlen. Auf kantonaler Ebene bestehen Grundlagen, die einen Beitritt ermöglichen, weil sie mit dem Zweckartikel in den Statuten von TRAS übereinstimmen. Die Beantwortung der Motion der Rednerin in Zusammenhang mit der Beratung des Postulats hat ergeben, dass der Regierungsrat beitreten könnte, wenn er es denn wollte. Er will jedoch nicht. Die Kompetenz liegt beim Regierungsrat. Es wurde geprüft und berichtet, dass der Regierungsrat TRAS nicht beitreten möchte. Aus diesem Grund wird die CVP/BDP-Fraktion das Postulat abschreiben.

Daniel Altermatt (glp) sagt, dass man sich wieder mal am gleichen Punkt befinde: Es wurde der Auftrag erteilt, zu prüfen und zu berichten. Mit dem Inhalt des Berichts ist man nicht einverstanden, also erklärt man, es wurde nicht richtig geprüft. Fakt ist: Der Auftrag wurde grundsätzlich erfüllt. Wenn die Regierung in ihrer Prüfung zum Schluss kommt, dass ein Beitritt zu einer bestimmten Institution keinen Mehrwert zur Folge hat, dann wurde der Auftrag erfüllt. Die glp/GU-Fraktion sieht keinen Grund, das Postulat nicht abzuschreiben.

://: Eintreten ist unbestritten.

− *Schlussabstimmung*

://: Das Postulat 2016/069 wird mit 40:35 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgeschrieben.